

Philip C. Brunner
Kantonsrat
6300 Zug

Zug, 15.06.2026

Interpellation betreffend den kommunalen Diskrepanzen beim kantonalen Abstimmungsergebnis der Nachhaltigkeitsinitiative im Kanton Zug

Ausgangslage:

Am vergangenen gestrigen Abstimmungssonntag, dem 14. Juni 2026, hat die Zuger Stimmbevölkerung die eidgenössische Volksinitiative **«Keine 10-Millionen-Schweiz»** (Nachhaltigkeits-Initiative) mit 52,4 % der Stimmen abgelehnt. Die Stimmbeteiligung lag kantonal bei rekordhohen 67,8%. Der Blick auf die Details der elf Zuger Gemeinden zeigt ein gespaltenes Bild: In der Mehrheit der Gemeinden – nämlich in 6 von 11 Gemeinden – wurde die Vorlage teils deutlich angenommen.

Die Debatte im Vorfeld der Abstimmung hat klargemacht, dass das Unbehagen der Bevölkerung nicht einfach ignoriert werden darf. Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger betreffen ganz konkrete, alltägliche Herausforderungen im Kanton Zug, u.a. den Druck auf die Infrastruktur (Schulraum) in den Gemeinden. Von der mangelnden Integration der Expats in Vereine und Gesellschaft ganz zu schweigen.

Auch wenn die Initiative auf eidgenössischer Ebene und im kantonalen Gesamtergebnis abgelehnt wurde, haben im Kanton Zug über 25'724 Stimmberechtigte der Politik die ihre «gelbe Karte» gezeigt. Es besteht somit Handlungsbedarf, damit der Kanton Zug trotz des anhaltenden Wachstums lebenswert bleibt und der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht gefährdet wird.

Fragen an den Regierungsrat

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen und allfälligen weiteren Informationen:

1. **Analyse des Abstimmungsverhaltens:** Wie beurteilt und analysiert der Regierungsrat das stark divergierende Abstimmungsergebnis zwischen den einzelnen Zuger Gemeinden, und welche Schlüsse zieht er aus der Tatsache, dass die Initiative in der Mehrheit der Gemeinden (sechs von elf) eine Annahme fand?
2. **Massnahmen im Asylbereich:** Welche konkreten, kurz- und mittelfristigen Massnahmen plant der Regierungsrat (zusammen mit dem Bund) um die Zahl der Asylsuchenden spürbar zu senken und die direkten und indirekten Belastungen der Bevölkerung und damit des Kantons zu senken?
3. **Infrastruktur und Verkehr:** Das Wachstum belastet die Zuger Verkehrswege. Welche strategischen Projekte treibt die Regierung voran, um die Verkehrsüberlastung zu dämpfen und sicherzustellen, dass Pendlerströme und öV-Kapazitäten im Kanton verträglich bleiben?
4. **Entlastung der Gemeinden:** Die Gemeinden tragen oft die Hauptlast des Wachstums (z. B. Schulraumerweiterungen, Integration, Infrastrukturen). Wie gedenkt der Regierungsrat die Zuger Gemeinden bei diesen Aufgaben finanziell, personell oder organisatorisch gezielt zu unterstützen?

5. **Ausschöpfung des inländischen Potenzials:** Wirtschaftsverbände fordern eine bessere Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials, um den Druck auf die Zuwanderung zu senken. Welche kantonalen Initiativen (z. B. im Bereich der Weiterbildung oder der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten) plant der Regierungsrat zu intensivieren, damit Zuger Unternehmen vermehrt auf inländische Mitarbeitende setzen können?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat eine weitere Teilnahme bei der Organisation von «Greater Zurich Area» (GZA) und weiteren Organisationen, welche den Zuzug von Firmen aus dem Ausland und anderen Kantonen fördern unter den gegebenen Umständen.

Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen und weiteren Informationen zur Thematik.

mit freundlichen Grüssen

Philip C. Brunner
Kantonsrat, Zug